

Gespannte Ruhe

Georgien und Abchasien nach dem doppelten Machtwechsel

Jahresbericht 2004

Georgien (Abchasien): Bewaffneter Konflikt

Beginn: 1994 (zuvor Krieg 1992-1994)

Beteiligte: Abchasische Rebellen / Georgische Milizen, Georgien

Intervention zur Waffenstillstandsüberwachung: GUS, UNOMIG

Das Verhältnis zwischen Georgien und der abtrünnigen Republik Abchasien hat sich nach dem Machtantritt der neuen georgischen Regierung unter Michail Saakaschwili deutlich verschlechtert. Zudem verschärfte sich die innenpolitische Lage in Abchasien nach der umstrittenen Präsidentschaftswahl am 3. Oktober 2004. Größere militärische Auseinandersetzungen zwischen georgischen und abchasischen Milizen blieben im Berichtsjahr jedoch aus.

Die politische Geschichte des Verhältnisses zwischen Georgien und seiner Teilrepublik Abchasien spielt in dem Konflikt eine wichtige Rolle. Nach der Russischen Revolution 1917 war Abchasien für kurze Zeit eine eigene Unionsrepublik und wurde erst 1931 als Autonome Sozialistische Sowjetrepublik (ASSR) in die Georgische SSR eingegliedert. Durch Stalins rigorose Sowjetisierungspolitik wurde die abchasische Kultur in den folgenden Jahrzehnten stark unterdrückt, während gleichzeitig bis in die 1950er Jahre hinein gezielt Georgier nach Abchasien umgesiedelt wurden. Dies führte dazu, dass die Abchasen in den letzten Jahren der Sowjetunion nur noch etwa 18 Prozent der Bevölkerung Abchasiens ausmachten, während der Anteil georgischer Einwohner bei 48 Prozent lag.

Ende der 1980er Jahre wurden die Sezessionsbestrebungen in der Abchasischen ASSR immer stärker. Während die Georgische SSR nach Unabhängigkeit von der Sowjetunion strebte, wollten die Abchasen entweder einen eigenen, von Georgien unabhängigen Staat gründen oder aber in der Sowjetunion verbleiben. Im Juni 1992 setzte das abchasische Parlament in Suchumi die Verfassung von 1925 wieder in Kraft und erklärte sich damit zur von Georgien unabhängigen Republik Abchasien, die allerdings bis heute international nicht anerkannt ist.

Im August 1992 rückten georgische Truppen in Abchasien ein, der Konflikt eskalierte zum Krieg. Unterstützt von Freiwilligen aus dem nördlichen Kaukasus und den in der autonomen Republik stationierten russischen Truppen, drängten die abchasischen Rebellen die georgische Nationalgarde in den folgenden Jahren aus Abchasien zurück. Im Mai 1994 wurde ein Waffenstillstand geschlossen, der seitdem von einer 1.600 Mann starken, überwiegend aus Russen bestehenden Friedenstruppe der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) sowie von 117 Militärbeobachtern der United Nations Observer Mission in Georgia (UNOMIG) überwacht wird. Seit Dezember 2003 sind

außerdem 11 Zivilpolizisten der UN auf der georgischen Seite der Waffenstillstandslinie stationiert, um gemeinsam mit der lokalen Polizei die Sicherheitslage in der Grenzregion zu verbessern.

Während der Kämpfe von 1992 bis 1994 wurden etwa 8.000 Menschen getötet. Außerdem flüchteten etwa 250.000 Menschen, überwiegend Georgier, aus Abchasien. Damit hatte fast die gesamte georgische Bevölkerung die abtrünnige Republik verlassen. Gegen den Willen Abchasiens begannen viele Georgier jedoch bald, in die abchasische Grenzregion Gali zurückzukehren, die vor dem Krieg zu 98 Prozent georgisch besiedelt war. Parallel dazu entstanden paramilitärische Gruppen wie die etwa 200 Mann starke Weiße Legion und die Waldbrüder. Sie rekrutierten sich hauptsächlich aus georgischen Flüchtlingen, die die Gali-Region zurückerobern wollten.

Im Frühjahr 1998 verstärkten diese Guerillas ihre Angriffe. Abchasische Milizen führten daraufhin eine „Strafaktion“ gegen die Weiße Legion durch und drängten die Angreifer unter dem Einsatz schwerer Artillerie aus der Gali-Region zurück. Auf abchasischer Seite sollen dabei wie schon im Krieg 1992/93 Freiwilligenverbände der Konföderation der Bergvölker des Kaukasus, eines Bündnisses nationaler Bewegungen aus dem Nordkaukasus, gekämpft haben. Die Auseinandersetzungen endeten nach wenigen Monaten im Mai 1998. Insgesamt wurden dabei etwa 350 Menschen getötet, 35.000 flüchteten aus Abchasien. Weder die in der abchasisch-georgischen Grenzregion stationierte GUS-Friedenstruppe noch reguläre georgische Einheiten griffen in die Gefechte ein. Die georgischen Paramilitärs wurden allerdings teilweise offen von der georgischen Regierung unterstützt.

Im August 2001 eskalierte die Gewalt erneut, als 450 bis 800 Mann starke Guerilla-Verbände in das teils georgisch, teils abchasisch kontrollierte Kodori-Tal eindringen. Nach wochenlangen Kämpfen gegen abchasische Sicherheitskräfte wurden sie im Oktober 2001 in die russischen Teilrepubliken des Nordkaukasus zurückgedrängt. Erstmals kämpften dabei auf georgischer Seite auch tschetschenische Söldner, die vermutlich von Teilen der Regierung in Tiflis zur Rückeroberung Abchasiens angeworben worden waren. Insgesamt fielen den bewaffneten Auseinandersetzungen im Sommer und Herbst 2001 mehr als 120 Menschen zum Opfer, darunter auch neun Insassen eines über dem Kodori-Tal abgeschossenen UN-Hubschraubers.

In den darauf folgenden Jahren war die militärische Situation bedeutend ruhiger. Bei vereinzelten Gefechten in der abchasischen Grenzregion Gali kamen bis Ende 2003 etwa 40 Menschen ums Leben. Unter den Opfern waren dabei nicht nur georgische und abchasische Polizisten sowie russische Soldaten der GUS-Friedenstruppe, sondern auch Zivilisten. Abchasische Dörfer wurden außerdem wiederholt von nicht identifizierten Flugzeugen bombardiert. Beobachter werteten diese Bombardements als Versuche Russlands, die Region weiter zu destabilisieren und dadurch seine andauernde Militärpräsenz im Südkaukasus zu rechtfertigen.

Auch 2004 blieben militärische Auseinandersetzungen zwischen abchasischen Milizen und der georgischen Armee oder paramilitärischen Gruppen weitgehend aus. Bei vereinzelten Schusswechseln im Gali-Sektor wurden etwa zehn Soldaten und Polizisten getötet. Weitere gewaltsame Zwischenfälle waren meist eher kriminell als politisch motiviert. Im Februar versuchte die georgische Regierung unter massivem

Polizeieinsatz, georgische Guerilla-Gruppen zu zerschlagen, die bis dahin nahe der Waffenstillstandslinie aktiv waren. In der Region Zugdidi wurden 30 Personen festgenommen sowie mehrere hundert Kleinwaffen konfisziert.

Obwohl Georgien mit der Entwaffnung der Guerillas einer zentralen Forderung der abchasischen Seite nachkam, hat sich das politische Verhältnis zwischen Tiflis und Suchumi seitdem nicht verbessert. Die neue georgische Regierung verfolgt den abtrünnigen Gebieten gegenüber eine weitaus aggressivere Politik als der im November 2003 gestürzte Eduard Schewardnadse. So hat sich Präsident Michail Saakaschwili zum Ziel gesetzt, die Kontrolle der Zentralmacht über das gesamte Territorium Georgiens bis zum Ende seiner Amtszeit wieder herzustellen. In gelegentlichen Kommentaren hat er dazu auch Gewalt als letztes Mittel nicht ausgeschlossen. Im Mai 2004 entschied er einen ersten Machtkampf in der autonomen Republik Adscharien im Südwesten Georgiens für sich – Abchasien verstärkte daraufhin seine Sicherheitskräfte an der georgischen Grenze und warnte vor einer erneuten Eskalation des Konflikts.

Die Situation spitzte sich zu, als die georgische Küstenwache Ende Juli 2004 ein türkisches Frachtschiff in der Nähe der abchasischen Hauptstadt Suchumi angriff. Von nun an werde auf jedes Schiff geschossen, das sich ohne vorherige Erlaubnis der georgischen Küste nähere, hieß es dazu aus Tiflis. Schon in der ersten Jahreshälfte hatte der georgische Grenzschutz mehrere ausländische Fischereiboote mit der gleichen Begründung beschlagnahmt. Abchasien verurteilte dies scharf als Verletzung seiner Souveränität und brach im August die Teilnahme an allen gemeinsamen Gremien und Gesprächsforen zur Konfliktlösung ab.

Die von den UN vermittelten Friedensverhandlungen, die schon vorher nur sehr schleppend vorangegangen waren, sind seitdem nahezu zum Erliegen gekommen. Abchasien weigert sich nach wie vor, Gespräche auf der Grundlage des Papiers „Über die Verteilung der Kompetenzen zwischen Tiflis und Suchumi“ von 2002 aufzunehmen, weil dies von der Unverletzlichkeit der georgischen Grenzen ausgeht und Abchasien lediglich weitreichende Autonomierechte zugesteht. Die Unabhängigkeit der Republik, so die Führung in Suchumi, sei fest in der abchasischen Verfassung verankert und 1999 in einem Referendum bestätigt worden.

Über die Zusicherung „größtmöglicher Autonomie“ hinaus hat es die georgische Regierung bisher versäumt, Abchasien konkrete Föderationsangebote vorzulegen. Eine Gruppe georgischer Experten hat deshalb im Frühjahr 2004 einen detaillierten Friedensplan entworfen, der die Verbindung Georgiens und Abchasiens in einer „Föderation mit konföderativen Elementen“ vorsieht und dem abchasischen Volk eine Reihe zusätzlicher Sicherheitsgarantien einräumt. Bisher fehlten jedem Kompromissangebot an Abchasien Garantien für den Fall, dass Tiflis erneut versuchen sollte, den Konflikt wie 1992 militärisch zu entscheiden. Die georgische Regierung hat sich allerdings bislang nicht zu diesem Vorschlag geäußert.

Die Russische Föderation nutzt dieses Vakuum geschickt aus, um sich als einzige effektive Schutzmacht der Abchasen zu präsentieren. Russische Truppen hatten die Separatisten schon im Krieg von 1992 bis 1994 unterstützt und sind – entgegen internationaler Vereinbarungen – bis heute auf dem Militärstützpunkt im abchasischen Gudauta stationiert. Mehr als 70 Prozent der Einwohner Abchasiens haben seit 2002 die russische Staatsbürgerschaft angenommen. Anfang September 2004 wurde nach

mehr als elf Jahren Unterbrechung die Zugstrecke Suchumi-Moskau wieder in Betrieb genommen. Damit verstößt Russland klar gegen mehrere Resolutionen der GUS, die Ende September ihre Entscheidung bekräftigte, Abchasien wirtschaftlich und politisch zu isolieren, solange dessen territorialer Status ungeklärt ist. Diese doppelgesichtige Politik der Russischen Föderation, die die Regierung in Tiflis schwächen und den eigenen strategischen Einfluss im Südkaukasus sichern soll, erschwert eine Einigung im georgisch-abchasischen Konflikt erheblich.

Darüber hinaus trugen innenpolitische Probleme sowohl in Georgien als auch in Abchasien zur Erfolglosigkeit der Friedensverhandlungen im Berichtsjahr bei. Die georgische Führung war seit dem Machtwechsel im November 2003 damit beschäftigt, eine neue Regierung aufzubauen und zu konsolidieren, wirtschaftliche und soziale Reformen in die Wege zu leiten und die Korruption im Staatsapparat zu bekämpfen. Im Sommer 2004 nahmen gewaltsame Auseinandersetzungen in der nordgeorgischen Provinz Südossetien die Aufmerksamkeit der Staatsspitze in Tiflis in Anspruch.

In Abchasien verschärfte sich die Lage nach der dortigen Präsidentschaftswahl im Herbst 2004. Der seit elf Jahren amtierende Wladislaw Ardsinba versuchte dabei, den ehemaligen Premier Abchasiens, Raul Chadschimba, als seinen Nachfolger einzusetzen. Unterstützt wurde er vom russischen Präsidenten Wladimir Putin, der sich im August öffentlichkeitswirksam mit Chadschimba traf und für Wahlplakate photographieren ließ. Nach zahlreichen Unregelmäßigkeiten bei der – weder von Georgien noch von der internationalen Gemeinschaft anerkannten – Wahl am 3. Oktober erklärte die Zentrale Wahlkommission jedoch den Kandidaten der Opposition, Sergej Bagapsch, zum Sieger. Unter dem Druck bewaffneter Anhänger Chadschimbas nahm der Oberste Gerichtshof Abchasiens diese Entscheidung Ende Oktober zurück, distanzierte sich aber wenige Tage später von seinem unter Gewaltandrohung zustande gekommenen Urteil.

Vermittlungsversuche der russischen Regierung, die beide Kandidaten nach Moskau zitierte, scheiterten: Während Chadschimba auf einer Wiederholung der umstrittenen Wahlen beharrte, plante Bagapsch seine Inauguration für Anfang Dezember. Die teilweise bewaffneten Anhänger beider Lager standen sich mehrere Wochen lang in Suchumi gegenüber und besetzten zentrale Gebäude der Stadt. Als Oppositionelle am 12. November den Sitz der Ardsinba-Regierung stürmten, wurden bei Schusswechseln mit der Polizei eine Frau getötet und mehrere Menschen verletzt.

Berichten georgischer Medien zufolge verlegte Russland daraufhin schwere Waffen von der georgisch-abchasischen Grenze nach Suchumi. Die russische Regierung erklärte, sie werde gegebenenfalls „Schritte unternehmen, um ihre Interessen in der Region zu schützen“. In den folgenden Wochen versuchte Moskau mit Nachdruck, einen Machtwechsel in Abchasien zu verhindern. Hochrangige russische Politiker reisten nach Suchumi und drohten, bei einem Sieg Bagapsch' die gemeinsame Grenze zu schließen sowie humanitäre Hilfslieferungen und Pensionszahlungen an die abchasische Bevölkerung auszusetzen. Die erst kürzlich wieder in Betrieb genommene Zugstrecke zwischen Russland und Abchasien wurde geschlossen und der Import landwirtschaftlicher Produkte ausgesetzt. Dies traf besonders die abchasischen Bauern, deren wirtschaftliches Überleben in dieser Jahreszeit vom Mandarinen-Export in die Russische Föderation abhängt. Erst einen Tag vor der geplanten Inauguration Sergej Bagapsch' am 6. Dezember einigten sich beide Kandidaten unter russischer Vermittlung überraschend auf einen Kompromiss: Bei Neuwahlen im Januar 2005

wollen Bagapsch als Präsident und Chadschimba als sein Vize kandidieren und damit die schwerste politische Krise Abchasiens seit dem Krieg 1992/1993 beenden.

Die georgische Regierung lehnt die Anerkennung der abchasischen Präsidentschaftswahlen nach wie vor kategorisch ab. Nichtsdestotrotz hat Präsident Saakaschwili im Dezember signalisiert, Bagapsch als Gesprächspartner zu akzeptieren. Weil er genau wie Georgien die Bevormundung durch Russland ablehnt, wird der abchasische Oppositionspolitiker in Tiflis als Verhandlungspartner bevorzugt: Mit einem proabchasischen Politiker, heißt es, ließe sich besser verhandeln als mit einer „Marionette Moskaus“. Bagapsch, der von einer einflussreichen Gruppe anti-georgischer Kriegsveteranen unterstützt wird, lehnt bisher zwar jedes Gesprächsangebot ab. Dennoch ist wahrscheinlich, dass nach dem Stillstand 2004 im nächsten Jahr Bewegung in die Verhandlungen um den politischen Status der abtrünnigen Republik kommt.

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

Coppieters, Bruno: Westliche Sicherheitspolitik und der Konflikt zwischen Georgien und Abchasien (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 12), Köln 1999

Cohen, Jonathan (Hg.): A Question of sovereignty. The Georgia-Abkhazia peace process, London 1999 (el. Version: <http://www.c-r.org/accord/geor-ab/accord7/index.shtml>)

Gogueliani, Tina: The West's Role in Settling the Georgian-Abkhazian Conflict, in: Central Asia and the Caucasus Nr. 2 (20) 2003, S. 48-54

Akaba, Patella/ Coppieters, Bruno/Darchiashvili, David (Hg.): Federal Practice. Exploring Alternatives for Georgia and Abkhazia, Brüssel 2000 (el. Version: <http://poli.vub.ac.be>)

Khaindrava, Ivlian: Karabakh and Abkhazia: The Dynamics of Non-Settlement, in: Central Asia and the Caucasus, Nr. 13 (2002), S. 80-91

Tania, Leila 2003: Strategic Variants: How the Conflict between Georgia and Abkhazia can be settled, in: Central Asia and the Caucasus, Nr. 5(23) 2003, S. 43-49

<http://www.abkhaziya.info> (Offizielle Seite der Republik Abchasien, in russ. Sprache)

<http://www.abkhazia.org> (Informationsseite der Abchasischen Diaspora)

<http://www.apsny.org> (Abchasien)

<http://www.eurasianet.org> (Central Eurasia Network des Open Society Network)

<http://www.civil.ge> (Online Magazine Civil Georgia)

<http://www.iwpr.net> (Institute for War and Peace Reporting)

<http://www.unomig.org> (United Nations Observer Mission in Georgia)

Dieser Text ist urheberrechtlich geschützt. Er darf ohne Genehmigung der Autorin nicht weiterverwertet werden. Insbesondere darf er nicht ganz oder in Auszügen abgeschrieben oder in sonstiger Weise vervielfältigt werden.